



## Heiße Phase bei der Dienstleistungskarte im EP

Während sich die Vorschläge über die Verhältnismäßigkeitsprüfung und das Notifizierungsverfahren beinahe in den Trilogverhandlungen befinden, gewinnt die Debatte um die Europäische Elektronische Dienstleistungskarte an Dynamik. „Die Idee der Kommission, grenzüberschreitendes Arbeiten zu entbürokratisieren, ist zu begrüßen. Dennoch gibt es bereits ähnliche Instrumente, wie den Einheitlichen Ansprechpartner, sodass der Aufbau einer solchen Karte erst einmal mit unnötigen Kosten verbunden ist. Zudem hebt die Dienstleistungskarte wohlmöglichst noch die Aufsicht unserer Behörden aus,“ so die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU). Ein Antrag der beiden Mittelstandsvertreter im Industrie- sowie im Wirtschafts- und Währungsausschuss auf Zurückweisung des ganzen Vorschlags wurde jeweils angenommen. „Die Annahme unseres Antrags ist jetzt das passende Signal für die Verhandlung im federführenden Binnenmarktausschuss“, schlussfolgerten Pieper und Ferber.

## e-Privacy: Zurück in die Steinzeit bei der Datenwirtschaft

Nachdem der Innenausschuss sich für einen überzogenen Verbraucherschutz bei der online Kommunikation ausgesprochen hat, wartet das Europäische Parlament nun auf den Rat, um mit Trilogverhandlungen zu beginnen. Die E-Privacy-Verordnung regelt den Schutz von elektronischer Kommunikation beziehungsweise von personen-bezogenen Daten, wie beispielsweise bei dem Messenger-Dienst Whatsapp. Nach Vorstellung der Linken sollen für den "unmündigen Verbraucher" personalisierte, datenbasierte Technologien ausreichend gekennzeichnet werden - ein Vorhaben, welches in der mobilen Welt praktisch nicht umsetzbar ist. Wie soll beispielsweise die Kommunikation zwischen einer App

und einer Ampel, die sich bei Regen schneller für den vernetzten, heranrollenden Fahrradfahrer umschaltet, gekennzeichnet werden? Der Ball liegt nun bei einem dem digitalen Zeitalter hoffentlich aufgeschlosseneren Rat der Mitgliedstaaten, der sich zu den strittigen Fragen noch im Anfangsstadium befindet. Deutschland, vertreten durch das Wirtschaftsministerium, agiert aufgrund der Vorbehalte des Justizministeriums ausgesprochen zurückhaltend.

## Familienunternehmen und KMU-Definition

In Anbetracht der Überarbeitung der KMU-Definition traf sich der PKM Europe im November mit Mittelstandsvertreter, damit in Zukunft auch Familienunternehmen als Teil des Mittelstands in Europa begriffen werden. Die Arbeiten trugen erste Früchte: Im Industrieausschuss hat der PKM Europe eine mündliche Anfrage mit Resolution zu diesem Thema initiieren können.



*PKM Europe Debatte zu Familienunternehmen und zur KMU-Politik mit Holger Lösch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.*

**Bekanntmachung:** PKM Get-Together in Kooperation mit IW Köln und BDI/BDA am **10. April 2018** u.a. mit **Kommissarin Gabriel** zum Thema **Digitalisierung der mittelständischen Industrie.**